

Verbandewohlfahrt im modernen Wohlfahrtsstaat: Strukturbildende Effekte des Staat-Kirche-Konflikts

*Josef Schmid**

»Das Vergangene ist nicht tot;
es ist nicht einmal vergangen.
Wir trennen es von uns ab
und stellen uns fremd.«

Christa Wolf, Kindheitsmuster (1976)

Abstract: In his studies of European societies and politics Stein Rokkan traced back the existence of christian-democratic parties to the effects of the fundamental conflicts between state and church in the course of modernization and nation-building. This cleavage is also the basis for the structuring of the associational system, i.e. the normatively impressed private organizations of caring and service delivery developed parallelly. So, these category of associations can not be found in all west european countries; in Germany and in the Netherlands they are up to now important actors in social policy, and there we find the doctrine of subsidiarity as a fundamental principle of the »christian democratic« welfare state. In Great Britain and in Sweden no such developments occurred - neither in terms of associations nor in terms of social policy principles and welfare state structures. In a broader perspective we can conclude that there is a strong correlation between the state-church-cleavage (and the denominational pluralism) on the one hand and the developed configuration of welfare associations and the type of welfare state in a country on the other hand.

* Address all communications to Josef Schmid, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Gebäude GC Raum 04/147, Universitätsstr. 150, D-44780 Bochum.

Vorbemerkungen

Den theoretischen Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen bilden die Untersuchungen Stein Rokkans über die Cleavage-Struktur europäischer Gesellschaften.¹ Damit soll vor allem die Frage »Warum gibt es in einigen Ländern Wohlfahrtsverbände - und in anderen Ländern nicht?« beantwortet werden. Das methodische Design bildet ein Vier-Länder-Vergleich von Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Schweden (zum fallorientierten komparativen Vorgehen vgl. Ragin 1987), wobei der empirisch-historische Schwerpunkt auf der Darstellung der deutschen Entwicklung liegt.² Ich gehe dabei in fünf Schritten vor und will:

- a) die Fragestellung und den theoretischen Kontext skizzieren,
- b) Rokkans Modell der Parteienentstehung zusammenfassen, das Modell auf Verbände allgemein und auf Wohlfahrtsverbände im besonderen übertragen,
- c) verschiedene Perspektiven für die Verbandstheorie aufzeigen
- d) und einige Konsequenzen für die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung darstellen.

Ich stelle eine Definition über Wohlfahrtsverbände voran, die aus dem deutschen Kontext stammt. Sie verdeutlicht erstens, daß sich Wohlfahrtsverbände in mehreren operationalen Merkmalen von »normalen« Interessengruppen unterscheiden; sie belegt zweitens die faktische sozialpolitische Relevanz des Gegenstandsbereiches, und sie dient drittens als grober Maßstab zur Bestimmung der Existenz bzw. Nichtexistenz des Phänomens:

Der Terminus Wohlfahrtsverbände bezeichnet die sechs »Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege«, also Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonisches Werk, Paritätische Wohlfahrtsverbände, Rotes Kreuz und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden. Als Spitzenverbände erstreckt sich ihre Tätigkeit auf das »ganze Bundesgebiet« sowie auf das »gesamte Gebiet der Wohlfahrtspflege«, dabei müssen sie soziale Hilfen »selber leisten« und »nicht nur fordern und fördern«. Ferner muß die Organisationsform »eindeutig und umfassend« sein, womit Doppelmitgliedschaften ausgeschlossen sind (so die Kriterien der Bundesarbeitsgemeinschaft 1985: 11-13).

¹ Diese Überlegungen sind zum Teil am Wissenschaftszentrum Berlin, Forschungsschwerpunkt III: Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse, am 1.3.1993 in Berlin referiert worden. Für hilfreiche Kommentare und Kritik danke ich besonders Bernhard Weßels.

² Im Rahmen dieser holzschnittartigen Skizze werden territoriale Veränderungen und subnationale Unterschiede vernachlässigt. Dies führt im deutschen Fall natürlich zu einer Überbetonung des »borussischen« Geschichtsbildes (vgl. hierzu Weber 1986; s.a. Immerfall 1992).

Wohlfahrtsverbände sind als »dritte Sozialpartner« (Spiegelhalter 1990) umfangreich an der Gestaltung des Soziallebens im sozialstaatlichen Sinne beteiligt, und zwar nicht nur als Interessensvertretungen, sondern vor allem als Einrichtungen, die ein breites Spektrum an sozialen Dienstleistungen erbringen. Sie verfügen ferner im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips über eine verfassungs- und sozialrechtlich privilegierte Stellung und sind durch weltanschauliche Motive und Zielvorstellungen geprägt.

Einige Strukturdaten belegen das beachtliche Gewicht der »Freien Träger«: Zusammen beschäftigen sie rund 750.000 hauptamtliche Mitarbeiter, verfügen über 1,5 bis 2 Mio. ehrenamtliche Helfer, betreiben ca. 60 000 Einrichtungen mit mehr als 2,4 Mio. Betten bzw. Plätzen im Sozial- und Gesundheitswesen und setzen jährlich etwa 40 Mrd. DM um (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft 1985; s.a. Bauer 1978 und Goll 1991).³

1. Fragestellung und Kontext

Unter strukturbildende Effekte des Staat-Kirche-Konflikts kann man eine Reihe von Phänomenen fassen. Mich interessiert hier vor allem die Auswirkung dieser soziopolitischen Spaltungslinie auf das Auftreten von Wohlfahrtsverbänden. Deren Existenz und Persistenz in einigen Ländern beeinflusst wiederum die Entwicklung und die institutionelle Struktur des Wohlfahrtsstaates in den westeuropäischen Ländern. Die komplementäre Evolution von Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsverbänden bestimmt in hohem Maße, ob personenbezogene soziale Dienstleistungen durch sogenannte »Freie Träger« oder staatlich oder - ohne näher darauf einzugehen: wie in den USA - durch den Markt erbracht werden. Dieser Sachverhalt kann eine wichtige Dimension für eine vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung bilden, die sich nicht auf quantitative Aggregatdaten (und -analysen) von monetären Indikatoren stützt. Das institutionelle Gefüge moderner Wohlfahrtsstaaten beinhaltet nämlich bei genauerer Betrachtung sehr verschiedenartige Lösungen für soziale Probleme, die nicht zuletzt auf unterschiedliche soziopolitische Konstellationen und divergente historische Entwicklungsmuster in den einzelnen Ländern zurückzuführen sind (vgl. Rieger 1992; Flora u.a. 1983 wenden die Konzepte Rokkans vor allem zur Erklärung des Timings der Sozialversicherungen an und vernachlässigen damit die institutionellen Differenzen).

Das Theorieprogramm Stein Rokkans bietet dabei interessante Perspektiven und Anknüpfungsmöglichkeiten, was sich besonders an vier Punkten verdeutlichen läßt:

³ Auf den Stand der (deutschen) Wohlfahrtsverbändeforschung gehe ich nicht ein, da er an anderer Stelle bereits ausführlich behandelt worden ist (vgl. dazu Ebertz/Schmid 1987, Schmid 1992, Backhaus-Maul 1991).

- a) Rokkans Interesse konzentriert sich auf strukturelle Variationen westeuropäischer Länder. Seine Vorgehensweise stellt »ein wichtiges Korrektiv zum Abstraktionsgrad und Allgemeinheitsanspruch der meisten makrosoziologischen Entwicklungstheorien« dar (Flora 1981: 400-401).
- b) Dieser Vorbehalt gilt auch und gerade im Hinblick auf die vergleichende Forschung über Verbände und Wohlfahrtsstaat. Beide werden - von wenigen Ausnahmen abgesehen - als Universalien moderner, westlicher Industrienationen betrachtet, die sich nur durch eine mehr oder weniger starke Ausprägung eines Merkmals unterscheiden.
- c) Im Unterschied zum Kapital-Arbeit-Konflikt, der in der Verbände- und in der Wohlfahrtsstaatsforschung weit verbreitet ist, betont Rokkan ebenfalls die Bedeutung der anderen Konfliktlinien, besonders den Staat-Kirche-Konflikt in den gemischt-religiösen Ländern.⁴ Dieser Aspekt ist möglicherweise selbst von Rokkan unterschätzt worden; Charles Ragin (1987: 126-133) kommt zumindest bei der Anwendung seines Boole'schen Verfahrens auf Daten und theoretische Aussagen Rokkans zu diesem Urteil.
- d) Ebenfalls wichtig ist in diesem Kontext der Konflikt Stadt-Land(wirtschaft), wobei in diesem Falle - hier nur ganz kurz angedeutet - die Überlegungen Stein Rokkans mit denen von Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie (1974), verbunden werden können.

2. Soziopolitische Konfliktlinien und Parteiensysteme

Bevor ich auf die Problematik der Wohlfahrtsverbände eingehe, möchte ich zuerst noch einmal Rokkans Überlegungen zur Genese und Struktur westeuropäischer Parteiensysteme zusammenfassen. Auf die weiteren Aspekte, die seine vielgestaltige »Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas« (Rokkan 1980) enthält, werde ich nicht eingehen; sie sind von ihm selbst in dem gerade genannten Beitrag sowie von Peter Flora (1981), Hans Boldt (1981) und Stefan Immerfall (1992) prägnant zusammengefaßt worden.

Ausgangspunkt bildet bei Rokkan das bekannte Schema der vier soziopolitischen Konfliktlinien (Rokkan 1976, 1980, 1981, s.a Pappi 1983 und Zuckerman 1975). Er unterscheidet zwischen

⁴ Diese theoretische Überlegung bestimmt auch die Auswahl der Fälle. Länder mit intensivem Staat-Kirche-Konflikt und damit verbundenem starken Religionspluralismus sind Deutschland und die Niederlande, während Schweden und Großbritannien als protestantische Staatskirchenregime diesbezüglich wenig Konflikte aufweisen. Dominant katholische Länder wie Italien, Spanien und Portugal sind wegen grundlegend andersartiger Entwicklungsmuster (Diktatur, geringere Industrialisierung etc.) nicht einbezogen worden.

- der Spaltung Besitz-Arbeit - der Spaltung Staat-Kirche
- der Stadt-Land-Spaltung und
- der ethnisch/linguistischen Spaltung.

»Diese vier Spaltungen«, so Stein Rokkan (1980: 121), »werden jedoch nicht in allen Ländern in gleichem Maße politisiert: nicht alle haben sich in Parteigegensätze transformiert«. Vereinfacht zusammengefaßt ist in Großbritannien nur die Konfliktlinie Besitz-Arbeit relevant, während für die kontinentaleuropäischen Länder die Konfliktlinie Staat-Kirche bzw. die Spaltung Stadt-Land hinzutritt. Entsprechend sind die jeweiligen nationalen Parteiensysteme strukturiert und »eingefroren«: Großbritannien gilt als klassischer Fall eines Zweiparteiensystems, während die anderen Länder in Mittel- und Nordeuropa Mehrparteiensysteme entwickelt haben. D.h. letztere weisen zusätzlich zu den sozialdemokratischen und konservativ-bürgerlichen Parteien einflußreiche christliche bzw. Bauernparteien auf (vgl. hierzu Rokkan 1976, 1981, Rose/Urwin 1969, Lehbruch 1988). Bedeutend für die konkrete Ausformung der nationalen Parteiensysteme sind ferner drei weitere Aspekte:

- Einerseits die institutionellen Hürden (»thresholds«), die eine sukzessive Öffnung des politischen Systems beinhalten sowie
- andererseits die Allianz- und Oppositionsbildungsstrategien der Eliten, die von den Auswirkungen kritischer Perioden und der Bearbeitung der zentralen Problem- und Konfliktpunkte zu jener Zeit geprägt werden (Daalder 1966, s.a. Weßels 1990 mit aktueller Anwendung).
- Schließlich kommt der zeitlichen Reihenfolge des Auftretens bzw. der Überwindung der Konflikte und Hürden eine wichtige Rolle bei der politischen Entwicklung zu (vgl. Binder u.a. 1971, s.a. Shefter 1977, Kamens 1986).

Versucht man die von Rokkan mehrfach untersuchten Bedingungsfaktoren für die Entstehung christlicher Parteien zusammenzufassen, so muß historisch zurückgegangen werden bis ins 16. Jahrhundert (Rokkan 1976, 1980, 1981; zusammenfassend Immerfall 1992: 57). Hier bildet der Ausgang der Reformation eine erste »Start-Variable«, die die europäischen Nationen in protestantische, katholische und gemischte einteilt (zur epochalen Bedeutung der Reformation siehe Dülmen 1987 und 1981). Die Stärke des Städtegürtels und die geopolitische Lage stellen eine zweite Ausgangsbedingung dar, die sich zudem auf das Überleben von ständisch-repräsentativen Institutionen positiv auswirkt. Bei den von mir untersuchten vier Ländern erzeugen diese beiden Faktorenbündel vor allem in Deutschland und den Niederlanden eine für die Entstehung christlicher Parteien positive Ausgangslage.

Als »intervenierende« Variablen fungieren bei Rokkan (1976, 1980, 1981) die Prozesse der territorialen Konsolidierung sowie die nationale und die industrielle Revolution. Hier entstehen Prädispositionen zugunsten eines Auf

kommens christlicher Parteien dann, wenn in katholisch dominierten Territorien eine enge Allianz zwischen Staat und Kirche auftritt oder wenn konfessionell gemischte Gebiete staatlich zusammengefaßt und die umfangreichen weltlichen Besitztümer der Kirche säkularisiert werden. Ähnlich wirken die Versuche von liberalen und nationenbildenden Eliten, die Kirchen zu kontrollieren bzw. aus dem öffentlichen Leben zu drängen, was je nach Kräfteverhältnis in unterschiedlichem Maße gelingt. Dieser Staat-Kirche-Konflikt oder Kulturkampf (als Überblick Becker 1981, Franz 1954 und Lönne 1986) ist in Europa insbesondere dort heftig und parteibildend, wo einerseits starke katholische Minderheiten existieren und andererseits liberale und nationale politische Kräfte tonangebend sind und die Nation »verspätet« (Plessner) gebildet wird.

Schließlich tangiert die Industrialisierung mit ihren sozialen Folgen die Entwicklung christlicher Parteien, weil die Kirchen mit sozialistischen Bewegungen konfrontiert werden und weil die zunehmende ökonomische und moralische Verelendung sowie die einsetzenden staatlichen Gegenreaktionen ihre soziale Basis tangieren und nach Lösungsbeiträgen verlangen. Mit der katholischen Soziallehre entsteht eine wirkungsvolle programmatische Grundlage, die auch der Profilierung christlicher Parteien dient (vgl. Kersbergen 1991: 42-113, Camp 1969).

Auch diese für eine christliche Parteibildung positiven intervenierenden Faktoren treffen grosso modo vor allem in Deutschland und den Niederlanden zu, wo bis heute christdemokratische Parteien eine dominante politische Rolle spielen (s.a. Dunk/Lademacher 1986, Lepsius 1966). Umgekehrtes gilt - ebenfalls sehr verkürzt - für Großbritannien und die skandinavischen Länder. Für letztere ließe sich eine analoge Darstellung der Entwicklung von Agrarparteien rekonstruieren (Immerfall 1992: 58-59, s.a. Castles 1973) - wobei Norwegen einen Sonderfall darstellt, da sich hier religiöse und bäuerliche Elemente in der Christlichen Volkspartei (mit knapp 10% Stimmenanteil) verbinden (vgl. hierzu Rokkan 1966, differenzierter zur Bedeutung der Religion in protestantischen Ländern Stephens 1979).⁵

In der folgenden Tabelle 1 sind die wichtigsten Angaben für die vier Untersuchungsfälle Deutschland, Niederlande, Großbritannien und Schweden dargestellt (zusammengestellt nach Ebbinghaus 1992, Wende 1981, Hartmann 1984 und Lane/Ersson 1994; speziell zu christlichen Parteien siehe auch Fogarty 1957, Irving 1979, Homer 1981, dort finden sich weitere Angaben zu Geschichte, Organisation, Politik und soziopolitischem Kontext).

⁵ Die späte Gründung einer christlichen Partei in Schweden (1985) ist im Lichte dieser Cleavage-theoretischen Überlegungen ein Artefakt und im übrigen politisch belanglos; sie beruht m.E. in hohem Maße auf einem Nachahmungseffekt.

Tabelle 1: Christliche Parteien in vier Ländern

Land	DT	NL		SW	GB
Konfession	Kath.	Kath.	Prot.	Prot.	-
Partei	Z	KVP	ARP	KDS	-
Gründun	1870	1904	1879	1964	
Parlament	1870	1988*	1888	1985	
Regierung	1919	1901	1901	-	
Parlament/Regierung: Erster Einzug in die Institution * Parlamentssitze, die durch lockere Wahlvereinigungen eingenommen worden sind; Parteigründung später					

3. Soziopolitische Konfliktlinien und Verbände

a) Allgemein

Die skizzierte Folie der Entwicklung christlicher Parteien kann m.E. auch übertragen werden auf die Entstehung von Verbänden, da

»soziale Interessengegensätze bekanntlich nicht nur durch Parteien, sondern auch durch Verbände repräsentiert (werden), wie ehemals durch Zünfte, Gesellenvereine und ähnliches mehr. Eine Betrachtung der Ausdrucksformen sozialer Cleavages kann daher nie nur Parteien, sondern muß auch Verbände mit einschließen, zumal der Übergang zwischen beiden in Gestalt der sogenannten Interessenparteien fließend ist« (Boldt 1981: 97, zur allgemeineren Differenzierungsproblematik von Parteien und Verbänden siehe Schmid 1993).

Über die Entstehung von Gewerkschaften liegen erste Untersuchungen vor, die explizit auf dem Ansatz Rokkans aufbauen. Kjell Eliassen (1974; s.a. Eliassen/Svassand 1975) hat die »politischen Aktivitäten und Integration von Gewerkschaften« nachgezeichnet und »einige der hauptsächlichsten Unterschiede in dem kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Kontext« dargestellt. Bernhard Ebbinghaus hat die Variation der europäischen Gewerkschaftsstrukturen ebenfalls im Sinne des Cleavage-Konzepts interpretiert und kommt zum Schluß, daß: »Religion matters for the organization of labour, too« (Ebbinghaus 1992: 19, s.a. Bartolini 1985, Rose/Urwin 1969). Hier überschneidet sich die religiöse Konfliktlinie mit der Spaltung Kapital-Arbeit, und die Arbeiterschaft tritt dann als »The Divided Class« (Strikwerda 1988) in Erscheinung.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Aufkommen christlicher Gewerkschaften in einem Teil der westeuropäischen Länder. Auch hier bildet die konfessionelle Landkarte Europas nach der Reformation den

Ausgangspunkt, und der Kulturkampf macht die zentrale intervenierende Variable aus. Hinzu kommt ein innerhalb der (katholischen) Kirche bestehender Streit über die Gewerkschaftsfrage, der besonders in den Niederlanden und Deutschland ausbricht:

»The German local and national unions that had emerged since Rerum Novarum (1891) formed the first union centre in Europe (GCGD, 1899), that was against the will of the Church, interdenominational, though only a minority of members were Protestants. Similar attempts to interdenominational unionism were curtailed by the Dutch bishop's ban (1906) leading to a Protestant (CVN, 1905) and a Christian union center (NKV, 1909) that lasted seventy years« (Ebbinghaus 1992: 23).

In den Niederlanden ist der Aufbau einer protestantischen Gewerkschaft zudem verbunden mit der im Zuge des Schulstreits (»schoolstrijd«) erfolgten Trennung der protestantischen von der liberalen Partei. In den (rein) protestantischen Ländern in Skandinavien und Großbritannien spielt die Religionszugehörigkeit beim Aufbau von Gewerkschaften keine Rolle (vgl. Tabelle 2; zusammengestellt nach Ebbinghaus 1992, s.a. Hartmann 1984 und Lane/Ersson 1994 sowie zu christlichen Gewerkschaften Fogarty 1957, dort finden sich auch weitere Angaben).

Tabelle 2: Christliche Gewerkschaften in vier Ländern

Land	DT		NL	SW	GB
Konfession	beide	Kath.	Prot.	-	-
Gewerkscha	GCGD	NKV	CNV	-	-
Gründun	1899	1909	1905		
Timing	29	5	30		
Timing = Verzögerung der Gewerkschaftsbildung im Verhältnis zur christlichen Partei (in Jahren)					

Die parallele Entwicklung von christlichen Parteien und Gewerkschaften, ihre organisatorische und personelle Verflechtung sowie wahlpolitische Erfolge - bei gleichzeitigem Abbau von institutionellen Hürden - hat ferner zu einer wechselseitigen Stabilisierung und Stärkung der beiden Organisationsformen beigetragen:

»This allowed Christian union leaders access to the government if not even a post as Labour minister. Through the party, contacts could be established with Catholic or Protestant employers organizations or party-members. Chri

stian Democratic social policy built on the principles of subsidiarity had a long-term influence in reinforcing the class dividing, religious cleavage These governments were more inclined to all inclusive corporatist concertation ... « (Ebbinghaus 1992: 25).

b) Wohlfahrtsverbände

Bei der Rekonstruktion der Genese und Struktur von Wohlfahrtsverbänden spielen analoge Faktoren eine Rolle. Wohlfahrtsverbände knüpfen einerseits an die tradierten kirchlichen Einrichtungen der Armenfürsorge des Mittelalters an; sie sind zum anderen eng verbunden mit den Regelungen des Armenwesens (vgl. hierzu Polanyi 1978, Geremek 1991, Sachße/Tennstedt 1980). Beide Aspekte variieren erheblich: In Ländern des Städtegürtels und in den (katholischen) geistlichen Fürstentümern sind die Ausgangsbedingungen günstig, wobei im Zuge der Gegenreformation eine verstärkte soziale Aktivität bei der katholischen Seite zu vermerken ist. Im übrigen fand nach der Reformation im konfessionell gemischten Deutschland die katholische Kirche vielfachen Beistand durch die katholischen Länder (v.a. Spanien) und durch Rom (ein Sachverhalt, der zur Erklärung der späteren ultramontanen Ausrichtung beitragen kann; zum Ultramontanismus des 19. Jahrhunderts vgl. Buchheim 1963). Nach der Säkularisation von 1803 verliert die katholische Kirche ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur weitgehend (Maier 1983: 164) - erfährt aber im Gegenzug in Preußen eine staatliche Alimentierung (Lönne 1986: 112-113).

Demgegenüber dominiert nach der Reformation in den protestantischen Ländern eine »absolute staatliche Kirchenhoheit« mit einer »Souveränität des verweltlichten Staates' samt den dazugehörigen Begleiterscheinung, wie zum Beispiel die Verdrängung der Kirche aus Schule und Sozialpflege« (Zeeden 1985: 34, mit Bezug auf Treitschke, s.a. Dülmen 1987: 11-18 mit weiterer Literatur). Die Reformation stärkt nicht nur die Macht des Staates, sondern erzeugt mit der sozialen und moralischen Aufwertung menschlicher Arbeit zugleich eine zunehmende Diskriminierung sozialer Randgruppen, die der Katholizismus an sich nicht kennt. Daher wurden »Arbeit und Armut ... etwa in England und Spanien grundsätzlich anders erfahren« (Dülmen 1987: 18; grundlegend zum gespannten Verhältnis von Katholizismus und Bürgertum Groethuysen 1978). Daneben aber »stärkte dies für die Kirchen und protestantischen Staaten den Zwang, die Ursachen von Bettelei und Armut zu beseitigen - und zwar nicht durch milde Gaben, sondern auch durch eine Institutionalisierung des Armenwesens, die letztlich nur noch von der weltlichen Obrigkeit getragen werden konnte« (Dülmen 1987: 17).

Die Auswirkungen der industriellen und nationalen Revolution auf das Entstehen von Wohlfahrtsverbänden lassen sich am deutschen Beispiel illustrieren. Eine entscheidende Mobilisierung erfährt der politische und soziale Katholizismus im Kulturkampf, wodurch seine innere Organisierung und Zentralisierung verstärkt wird (zusammenfassend zum Kulturkampf in Deutschland Morsey

1982, neuere Thesen v.a. bei Sperber 1986, Lamberti 1986, Andersen 1986; zum europäischen Kontext vgl. Becker 1981, Franz 1954 und Lönne 1986). Diese Entwicklung zur Wiederherstellung der Kirche »von unten« ist schon seit der Säkularisation (1803) angelegt; sie bleibt in Deutschland wegen der inferioren Stellung des Katholizismus aber vorwiegend defensiv. Freilich gehen nicht nur aus dem politischen Spannungsverhältnis zwischen Staat und Kirche Impulse aus, sondern ebenfalls aus der normativen Konkurrenz zwischen den Kirchen selbst (d.h. Katholizismus versus Protestantismus) bzw. mit der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem laizistischen Liberalismus als dominante »Orientierungsmacht« und »Deutungskultur« (Nipperdey 1988: 7). Hans Maier (1983: 168) faßt die »gewaltige Anspannung des Organisatorischen, Verbandsmäßigen« folgendermaßen zusammen:

»Der Entzug des staatlichen Schutzes und die politisch-konfessionelle Minoritätensituation verweisen die Katholiken im 19. Jahrhundert auf den Weg der freien Selbstorganisation. . . . Man kann in dieser Bewegung drei Phasen unterscheiden:

- a) Die Bildung des Verbands- und Organisationskatholizismus, im weiteren Sinn des politischen Katholizismus. Sie beginnt im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, erreicht ihren Höhepunkt in den Jahren 1848-1850 und steigt nach dem vorübergehenden Rückschlag in der Reaktions- und Kulturkampfzeit bis zum Ende des Kaiserreiches langsam, aber stetig wieder an. Ihr bleibendes Ereignis ist die Bildung der Zentrumspartei.
- b) Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch die ... Bildung eines Gesamtbewußtseins des deutschen Episkopats ...
- c) Die dritte Phase ist die des sozialen Katholizismus, dessen Entfaltung in die Jahrzehnte nach 1850 fällt; sie führt über die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine zum Mönchengladbacher Volksverein für das katholische Deutschland und zur Bildung der Christlichen Gewerkschaften in den neunziger Jahren« (vgl. insgesamt auch die Beiträge in Rauscher 1982).

Hinzu kommt - obwohl meist vernachlässigt - der Caritasverband, der 1897 gegründet worden ist, wobei die eigentliche Formierung schon nach den »Kölner Ereignissen« (1837) einsetzt. Er ist ebenfalls »ein Produkt der nach dem Kulturkampf anhebenden Zentralisierungsphase des politischen und sozialen Katholizismus und Ausdruck seines Strebens nach konfessioneller Parität ... « (Ebertz 1992: 402. s.a. Gatz 1982). Bereits zuvor (1848) ist auf evangelischer Seite die Innere Mission - heute Diakonisches Werk - gegründet worden (vgl. Deimer 1992, s.a. Kaiser 1989). Beide Wohlfahrtsverbände konzentrieren sich eher auf Arme (im Sinne des vorindustriellen Pauperismus) als auf Arbeiter, und sie verbinden karitative Tätigkeit zur Behebung der äußeren Not mit moralisch-religiöser Erneuerung zur Bewältigung der inneren Not.

Die Stellung und Weiterentwicklung dieser Wohlfahrtsverbände⁶ ist eng verbunden mit der Entwicklung der staatlichen Sozialpolitik - genauer: mit der »Spaltung des Sozialstaates« (Leibfried/Tennstedt 1985) und der Ausrichtung der »bürgerlichen Sozialreform« an übergreifende gesamtgesellschaftliche Gesichtspunkte (Bruch 1985). Die mit der Einrichtung der Sozialversicherungen verbundene Versorgung der Industriearbeiterschaft läßt Raum für die Versorgung von Armen durch die kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Mit der Kriegswohlfahrtspflege erfährt dieser Bereich eine Ausweitung und Aufwertung. Zugleich führt die nach dem ersten Weltkrieg einsetzende Expansion und Rationalisierung der staatlichen und kommunalen Fürsorge zu einer entsprechenden Bürokratisierung, Professionalisierung und Inkorporierung in die staatliche Politik (vgl. Sachße/Tennstedt 1988, Olk/Heinze 1981, Heinze/Olk 1981).

Rolf Heinze und Thomas Olk (1981; kritisch hierzu Schmid 1987) interpretieren die zunehmende Einbindung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die innerorganisatorische Entwicklung als »neokorporatives Verflechtungssystem«, in dem die Konkurrenz zwischen den Verbänden sowie ihre Autonomie aufgehoben wird und diese gemeinsam mit dem Staat Fürsorge und Sozialpolitik formulieren und arbeitsteilig implementieren. Einmal so etabliert, verläuft das Wachstum des Wohlfahrtsstaates bzw. der Ausbau der sozialen Dienste nach dem zweiten Weltkrieg in diesen »eingefrorenen« wohlfahrtsverbandlichen Bahnen, was gleichzeitig zu deren Stabilisierung beiträgt. Die Verhältnisse sind mittlerweile so fest institutionalisiert, daß Wohlfahrtsverbände gegenwärtig in den fünf neuen Bundesländern erhebliche Versorgungskapazitäten anbieten - trotz des weitgehend fehlenden sozialstrukturellen Unterbaus (vgl. Schmid 1994; s.a. Eichener u.a. 1992).

Die Besonderheit dieser Verbandsentwicklung wird deutlich an dem hohen Maß an interorganisatorischer Koordination und rechtlicher Privilegierung bzw. staatlicher Finanzierung: 1880 wird der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit und 1924 die Liga der freien Wohlfahrtspflege gegründet;

⁶ Die weiteren Wohlfahrtsverbände - die Arbeiterwohlfahrt (nationaler Dachverband seit 1919), der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (1920), die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden (1917) und das Deutsche Rote Kreuz (1869) - bilden Sonderfälle, da sie auf anderen Entstehungsfaktoren beruhen. Im Falle der AWO handelt es sich um Anpassungsreaktionen an die politischen Machtverhältnisse, die eine (municipal-) »sozialistische« Lösung versperren, aber zugleich günstige staatliche Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Beim DPWV beeinflusst diese letzte Bedingung ebenfalls die Bildung eines nationalen Spitzenverbands. Das DRK ist ursprünglich nicht auf die Behebung allgemeiner sozialer Notlagen, sondern auf die Pflege im Felde Verwundeter ausgerichtet und Teil der internationalen Rot-Kreuzbewegung. Die Veränderung des Handlungsbereiches erfolgt zudem als Folge des Versailler Friedensvertrages von 1919, der die Verbindung zu militärischen Behörden untersagte. Damit wirken die kirchennahen Wohlfahrtsverbände stilbildend, während die anderen Organisationen »Nachzügler« im Sinne von Imitationseffekten sind, wobei die Pluralität von »Milieus« (Lepsius 1966) durchaus als Verstärkungseffekt hinzutritt.

mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und der Reichsfürsorgepflichtverordnung 1924 erfolgt der Einbau der Verbandswohltätigkeit in die wohlfahrtsstaatliche Politik. Hierin manifestiert sich auch das in der Weimarer Verfassung angelegte Subsidiaritätsprinzip, das den Kern der katholischen Soziallehre bildet. In der Bundesrepublik wird es in seiner rechtlichen Bedeutung noch gesteigert, indem den Wohlfahrtsverbänden explizit ein Vorrang vor staatlichen Einrichtungen eingeräumt wird (Olk/Heinze 1981, Buck 1984, Thränhardt 1984).

Diese sozial- und fürsorgerechtlichen Regelungen stehen in einem engen Verhältnis zum besonderen Rechtsstatus der (Groß-) Kirchen als »Körperschaften des öffentlichen Rechts« (Art 137 Abs.5 WeimRV), in denen eine vorkonstitutionell getroffene gesellschaftlich-politische Anerkennung »religiöser Interessen« (Paul Mikat) zum Ausdruck kommt. Zudem ist die Beziehung von Staat und Kirche verfassungsrechtlich normiert: Sie kann in der Bundesrepublik als »ein der 'Institutionenrivalität' (Martin Heckel) entgegenwirkendes Miteinander von Staat und Kirche bezeichnet werden, in welchem sich Religions- und Kirchenfreiheit mit einer Trennung von Staat und Kirche in der Wurzel bei gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung für das gesellschaftlich-politische Ganze verbinden« (Tröder 1986: 507, s.a. Mikat 1980). Diese Statuierung eines nicht-staatlichen, aber dennoch öffentlichen Bereichs kann als »prototypisch für die moderne Verbändediskussion« gelten (ebd.), was auch für das grundlegende Verhältnis von Staat und Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. In diesem Kontext wirkt auch die rechtlich-historische Kategorie des Vereins, der in Deutschland - anders als in Großbritannien - nach dem Allgemeinen Preußischen Landrecht (bis 1906) Bestandteil des öffentlichen Rechts bildet und in seiner Funktion seit Hegel oder Lorenz von Stein eng in Staat und Verwaltung integriert ist (vgl. Rieger 1992: 85-88, Reyer 1984, Rinken 1971; s.a. Crouch 1986).⁷

⁷ Dies hat auf der anderen Seite weitreichende staats- und verwaltungstheoretische Implikationen, vor allem wenn das interessenpolitische Einflußmodell aufgegeben und dem Staat eine relative Autonomie zugestanden wird. Zum einen variieren die Traditionen und Strukturen der westeuropäischen Staats- und Verwaltungssysteme etwa im Hinblick auf die Entwicklung einer Bürokratie im Weber'schen Sinne (vgl. Page 1987, s.a. Dyson 1980, Maier 1986 und Braun 1988). Zum anderen bestehen zwischen Verbändesystemen und Staat/Verwaltung Wahlverwandschaften und strukturierte Interaktionsmuster etwa dahingehend, daß stark bürokratisch organisierte Systeme aus funktionalen Gründen dazu neigen, nicht standardisierbare und einzelfallorientierte Aufgaben auszulagern bzw. weitreichende staatliche Interventionen einer entsprechenden verbandlichen Infrastruktur bedürfen (vgl. hierzu Lehbruch 1987, 1990, Offe 1974 und 1990; s.a. Aldrich 1979: 161-171). Eine solche politisch-institutionalistische Betrachtung der Beziehungsmuster zwischen (Wohlfahrts-) Verbänden und Staat stellt m.E. eine notwendige Ergänzung zum sozialstrukturell orientierten Theorieprogramm Rokkans dar - und hat sich in der Parteiensystemforschung als sinnvoll erwiesen.

Eine vergleichbare Entwicklung findet in den Niederlanden statt: Im Gefolge der sozialen Frage und vor allem des Schulstreits bildet sich ein weites Verbändenetz, der sogenannte *particulier initiatief* (PI): »By 1908, there were more than two-hundred PIs, which together formed the Netherland Association for Poor Relief and Charity, the predecessor of the present National Council for Social Welfare« (Kramer 1981: 23). Diese versorgen die Säulen der niederländischen Gesellschaft mit sozialen Dienstleistungen; zugleich nehmen sie im Bildungswesen eine starke Position ein. Analog zu Deutschland sind auch sie weitgehend staatlich finanziert und halten ihre besondere Stellung bis heute (Doorn 1978, Brenton 1982). Aufgrund der anders gelagerten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind die niederländischen Wohlfahrtsverbände jedoch weitaus weniger zentralisiert als die deutschen.

In den beiden anderen Ländern (Großbritannien und Schweden) findet keine vergleichbare Entwicklung statt, obwohl bis weit über die Jahrhundertwende hinaus Verbände mit beachtlichen Leistungskapazitäten im Sozialbereich vorhanden waren. Diese sind jedoch im Zuge des Aufbaus des Wohlfahrtsstaats weitgehend absorbiert worden. Die Erbringung sozialer Dienste erfolgt von wenigen Spezialbereichen oder lokalen Aktivitäten abgesehen gegenwärtig durch staatliche Einrichtungen (hierzu detaillierte Angaben bei Flora u.a. 1983). Verbände im Sozialbereich sind dort vor allem als »poverty lobby« tätig. Für sie gilt jedoch, daß »they were not involved in the 'real negotiations', because they cannot deliver; they state demands, but are not negotiating bodies« (Whiteley/Winyard 1983: 12; s.a. Christensen/Kolberg 1978 sowie Bauer/ Thränhardt 1987 und Kramer 1981).⁸

Die Trägerschaft von Krankenhäusern in den vier Ländern belegt die unterschiedliche Persistenz verbandlicher Hilfesysteme deutlich, wenngleich hier die Qualität der Daten (v.a. bezüglich weiterer Indikatoren) zu wünschen übrig läßt (Maxwell 1981: 68). Die folgende Tabelle 3 (nach Maxwell 1981, Raffel 1984, Ebertz 1987) faßt die wichtigsten Daten zusammen, wobei die Restanteile auf hier nicht aufgeführte private, gewinnorientierte Institutionen fallen.

Die im Vergleich zu den Niederlanden auftretende niedrigere Rolle der Wohlfahrtsverbände bei den Ausgaben für Gesundheit nach Institutionen in Deutschland beruht zum einen auf der starken Bedeutung privater

⁸ Diese Einschätzung beruht in hohem Maße auf der am deutschen Fall gewonnenen Definition von Wohlfahrtsverbänden als nationale, umfassend aktive Anbieter von sozialen Dienstleistungen. D.h. nicht, daß es - was besonders für Großbritannien wichtig ist - überhaupt keine verbandlichen Aktivitäten im Sozialbereich gäbe. Dies unterscheidet mein Vorgehen von den (wenigen) international vergleichenden Arbeiten über Wohlfahrtsverbände, die meist von deutlichen konvergenztheoretischen Prämissen ausgehen. Zugleich wird der Wohlfahrtsstaat von mir nicht als externer Kontext der Wohlfahrtsverbände betrachtet, sondern zwischen beiden bestehen enge Wechselwirkungen bzw. erfolgt eine koevolutionäre Entwicklung (vgl. allgemein Schmid 1993).

Arztpraxen. Sie sind ebenfalls Ausdruck einer spezifischen Stärke dieser
Tabelle 3: Anteil der Betten nach staatlichen und verbandlichen
Krankenhausträgern in sechs Ländern (1975)

Land	Bettenanteil verbandlicher Träger	Bettenanteil staatlicher Träger
Niederlande	ca. 85 %	ca. 15
Deutschland	ca. 40 %	ca. 40
Schweden	ohne Bedeutung	ca. 90
Großbritannien	ohne Bedeutung	ca. 80
Dänemark	ohne Bedeutung	ca. 80
Norwegen	ca. 20 %	ca. 70
Restliche Anteile fallen auf private, profitorientierte Einrichtungen		

Profession (interessante historisch-vergleichende Hinweise dazu finden sich bei Abel-Smith 1972, Döhler 1987, 1992). Zum anderen kommen die politischen Traditionen und Werte einer »Staatsgesellschaft" (Rohe 1984, s.a. Reichel 1984) zum Tragen.

c) Exkurs zum Stadt-Land-Konflikt

Bekanntlich hat Rokkan (1976, 1980, 1981, s.a. Immerfall 1992: 58-59) vor allem mit der Existenz einer soziopolitischen Spannungslinie zwischen Stadt und Land das Auftreten und die Persistenz von Bauernparteien erklärt; m.E. beeinflusst sie freilich auch die Entstehung und Stärke von Agrarverbänden (s.u.). Ferner berührt diese Problematik die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats, da die grundbesitzenden Oberschichten und Bauern auf eine komplexe Art und Weise in die Prozesse der Modernisierung involviert sind.

Die Transformation des landwirtschaftlichen Sektors im Zuge der Industrialisierung und der weltwirtschaftlichen Einbrüche am Ende des 19. Jahrhunderts verläuft in den westeuropäischen Gesellschaften unterschiedlich. Während in Großbritannien der landwirtschaftliche Bereich massiv schrumpft, wird er im deutschen Kaiserreich vom Bündnis von »Roggen und Stahl" durch Schutzzölle konserviert. In Skandinavien und den Niederlanden erfolgt hingegen eine energische Modernisierung namentlich durch eine Umstellung auf Milchwirtschaft. Aus dieser unterschiedlichen sozioökonomischen Stellung und Struktur der Landwirtschaft erwachsen verschiedenartige politische Konsequenzen. Sie reichen - holzschnittartig dargestellt - von einer frühen Annäherung und Koalition von Arbeiter- und Bauernorganisationen mit wichtigen wohlfahrtsstaatlichen Impulsen in Schweden, über eine Integration im Rahmen religiöser Säulen in den Niederlanden bis zu ihrer politischen Irrelevanz (mangels Masse) in Großbritannien. Schwierig gestalten sich die entsprechenden Verhältnisse in

Deutschland. Einerseits sind insbesondere die ostelbischen Großgrundbesitzer in den Herrschaftsapparat integriert und werden durch staatliche Politik gestützt, andererseits fallen Kleinbauern und Landarbeiter aus dem System heraus - sowohl im Hinblick auf (wahl-) politische Koalitionen wie auch in bezug auf sozial- oder wirtschaftspolitische Maßnahmen (vgl. Moore 1974, s.a. Castles 1973, Blackbourn 1984 und Gourevitch 1977). Die Folgenlosigkeit der Landarbeiterenquete Max Webers mag dafür als Indikator dienen (vgl. dazu Tribe 1983).

4. Theoretische Perspektiven für die Verbandsforschung

a) Variationen in den nationalen Verbändesystemen

Solche Überlegungen zur soziopolitischen Verankerung von Verbänden, speziell Wohlfahrtsverbänden, sind von Rokkan selbst kaum bearbeitet worden (s.a. Rokkan 1977), da er sich primär um Wahlen und Parteien gekümmert hat. Eine der Parteientstehung analoge Betrachtung der Verbändeentwicklung verfügt jedoch über eine theoretisch überaus interessante Perspektive. Damit lassen sich Verbandssysteme als Untersuchungseinheiten heranziehen und so die Verbandsforschung an die theoretischen, empirischen und methodischen Ergebnisse der Parteiensystemforschung heranführen. Ansatzweise ist dies in der Diskussion um Neokorporatismus versus Pluralismus schon eingeleitet worden; allerdings erst auf einem Niveau, das der Klassifizierung in Wenig- und Vielparteiensysteme entspricht - wobei jedoch in der Regel eine Einschränkung auf den Bereich der Verbände in der Arbeitswelt erfolgt.⁹

Eine Übertragung des Rokkan'schen Modells fügt als Erweiterung eine den Parteifamilien analoge Analysedimension bei Verbändesystemen hinzu und ist zugleich in der Lage, die Grundzüge einer genetischen Erklärung für nationale Unterschiede zu liefern. Vereinfacht kann davon ausgegangen werden, daß die beiden sozioökonomischen Konfliktlinien sich in Unternehmerverbänden bzw. Gewerkschaften und starken Bauernverbänden widerspiegeln. Religionskonflikte bilden die Basis für »Wohlfahrtsverbände« (hier nicht als Eigenname, sondern als Variablenbezeichnung, s. Przeworski/Teune 1970) besonders dann, wenn der Konflikt zwischen Staat und (katholischer) Kirche vom Problem Mehrheits- und Minderheitskultur sowie einer Konkurrenz zwischen Religionsgruppen überlagert wird.

⁹ Die folgenden Ausführungen haben einen hochgradig vorläufigen und spekulativen Charakter. Sie verdeutlichen aber, welche Anstrengungen notwendig sind, um die Verbändeforschung dem methodisch-theoretischen Stand der Parteienforschung anzunähern. Zugleich geben sie einige illustrative Hinweise zum Potential des Rokkanschen Theoriemodells bei der Lösung dieser Problematik.

Die Geschichte des Kulturkampfes in Westeuropa hat zeigt, wie sich im Gefolge dieser Auseinandersetzungen nicht nur klerikale Parteien, sondern ein breites Netz an karitativen Laienverbänden herausbildet. Und trotz des Ausbaus des Wohlfahrtsstaats spielen diese Fürsorge- oder »Sozialleistungsverbände« (Alemann 1987) auch heute noch eine gewichtige Rolle in denjenigen Ländern (Deutschland, Niederlande), in denen sie auf einem »Cleavage« beruhen. Die institutionalisierte Arbeitsteilung zwischen Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsverbänden samt den rechtlichen und finanziellen Implikationen läßt sich dabei als Konfliktregulierungsmechanismus interpretieren, der die zugrundeliegenden soziopolitischen Grundstrukturen und die daraus resultierenden Organisationsformen stabilisiert - auch wenn der soziale und politische Wandel weiter fortschreitet.

Im Vergleich zur Funktionsweise des Parteiensystems zeigen die soziokulturellen Konfliktlinien bei der Entstehung und Entwicklung des Verbandssystems jedoch eine eigentümliche Wirkung. Während alle vier soziopolitischen Konfliktlinien, die im Parteiensystem ihren Niederschlag finden, parlaments- und damit staatszentriert sind, gilt dies im Verbandssystem nur für Organisationen, die sozioökonomische Konflikte repräsentieren (Bauern-, Unternehmerverbände und Gewerkschaften). Religiöse und soziokulturell geprägte Verbände dagegen zeichnen sich durch eine abwehrende Haltung gegenüber direkten staatlichen Eingriffen aus, wie sie im Subsidiaritätsprinzip klassisch zum Ausdruck kommt. Ähnliches hat übrigens Rokkan (1977) selbst in einem kurzen Beitrag über die Versäulung von religiös-moralischen Gruppen in Norwegen bemerkt.

b) Interaktionseffekte und Fragmentierung

Neben der vereinfachten Betrachtung, daß die Existenz soziokultureller Cleavages zur Bildung und dauerhaften Etablierung bestimmter Verbandstypen (besonders »Wohlfahrtsverbänden«) führt, beeinflußt dieser Umstand auch die Formierung anderer Verbände. Mehrere überlappende Konfliktlinien bewirken, daß die funktionale Verbandsbildung (nach Handlungsfeldern wie Wirtschaft, Soziales, Politik und Kultur) segmental erfolgt, d.h. zusätzlich nach soziokulturellen Dimensionen gegliedert, wie etwa in den niederländischen »Säulen« oder den österreichischen »Lagern« und mit Abstrichen ebenso in Deutschland. Damit würde mit der Zunahme von Konfliktlinien die Verbandsbildung entsprechend steigen, ebenso die Fragmentierung innerhalb des gesamten Verbandssystems.¹⁰

¹⁰ Niedrige Fragmentierung ist hier jedoch nicht gleichzusetzen mit Korporatismus, da dort in der Regel nur das Subsystem der Verbände im Bereich Wirtschaft und Arbeit klassifiziert - und das restliche Spektrum an Interessenorganisationen vernachlässigt wird.

Dies ist eine Hypothese, deren empirische Überprüfung allerdings massive Probleme aufwirft. Im Unterschied zum Parteiensystem scheint das Verbändesystem erheblich empfindlicher und offener auf gesellschaftliche und politische Differenzierungsimpulse zu reagieren. Möglicherweise kommen auch die Größe des Landes und das Alter der Demokratie zum Tragen. Dabei spielen abweichende institutionelle Hemmschwellen sicherlich eine wichtige Rolle, etwa Vorschriften der Registrierung oder das Wahlrecht (z.B. 5-Prozent-Klausel). Oder die schlichte Tatsache kommt zur Geltung, daß der Einfluß von Parteien auf vielen Wählerstimmen basiert, während die Macht von Verbänden nicht nur von ihrer Mitgliederzahl, sondern auch von (monopolisierbarem) Fachwissen, finanziellen Ressourcen, der Relevanz der von ihnen repräsentierten Gruppen etc. abhängt. Hinzu kommt, daß die Ausdifferenzierung oder Fusion von Verbänden auch strategischen Kalkülen unterliegt, für die andere Rationalitätskriterien als bei Parteien gelten."¹¹

Im übrigen fehlt den Verbändesystemen bei strenger Begriffsverwendung mangels eines dem Wahlmechanismus vergleichbaren »Kristallisationskerns« (Reif 1987: 163) der Systemcharakter. Insofern mangelt es zugleich an einem handhabbaren und akzeptablen Kriterium für die Beurteilung der Relevanz einer Organisation analog zum Einzug in Parlament oder Regierung, das es der Parteienforschung ermöglicht, etwa im britischen Fall trotz der Existenz einer Vielzahl - irrelevanter - Parteien doch von einem Zweiparteiensystem auszugehen.

Die Existenz mehrerer Konfliktlinien - und die damit verbundene Tendenz zur Vervielfachung von Organisationen in funktionalen Handlungsfeldern - hat ferner Rückwirkung auf das Aktivitätsspektrum einzelner Verbände und Verbandfamilien, die sich als »Spezialisierung« im Sinne einer Verengung des Handlungsspektrums kennzeichnen läßt. Am Beispiel der englischen und deutschen Entwicklung läßt sich diese Hypothese veranschaulichen, allerdings bestehen auch hier gravierende Probleme einer empirischen Überprüfung.

Im englischen Fall dominiert der Konflikt Arbeit versus Kapital mit der Folge, daß nach der strukturell-genetischen Dimension Rokkans tendenziell ein »Zweiverbandsystem« entsteht. Produktion und Distribution sozialpolitischer Güter werden vom Staat gefordert und ggf. von diesem bereitgestellt, Gewerkschaften agieren in einem breiten Spektrum funktionaler Handlungsfelder und organisieren bzw. repräsentieren breite Schichten abhängig Beschäftigter und Armer.

¹¹ Die grundlegende Veränderung des Parteien- und Verbändesystems in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg ist ein Beispiel für so einen politisch-strategisch gewählten Wandel; ähnliche Änderungen spielen sich im Laufe der 70er Jahre in den Niederlanden ab. Teilweise werden dann jedoch die alten Spannungslinien innerhalb der Einheitsorganisationen reproduziert, etwa durch Proporzmechanismen oder Fraktionsbildung (vgl. etwa Schroeder 1992 und Kleinfeld 1993).

Im deutschen Fall überlappen sich verschiedene Konfliktlinien. Dies hat zum einen zur Folge, daß ein »Vielverbandsystem« entsteht; nach der strukturellgenetischen Dimension also Verbände von Kapital, Arbeit und »Wohlfahrtsverbände« (als Kürzel für von religiös-soziokulturellen Cleavages geprägten Verbänden, deren Handlungsschwerpunkt in den gesellschaftlichen Funktionsbereichen Soziales und Kultur liegt). Weiter erfolgt eine Verdoppelung der organisierten Interessenvertretung im funktionalen Handlungsfeld Arbeitswelt in christliche und sozialistische Gewerkschaften.

Daraus resultiert für den sozialistischen Flügel der Arbeiterbewegung eine doppelte Konkurrenzsituation, die zu einer Spezialisierung bzw. Verengung ihres Handlungsspielraums in sozialer, inhaltlicher und politischer Hinsicht führt:

- a) Sozial bewirkt die Konkurrenz zu einer katholischen Bewegung mit sowohl »Wohlfahrtsverbänden« als auch christlichen Gewerkschaften eine Konzentration der sozialistischen Gewerkschaften auf »klassenbewußte Industriearbeiter« als Mitglieder bzw. eine deutliche Ablehnung des Lumpenproletariats (vgl. hierzu Lipset 1983: 3; s.a. Strikwerda 1988).
- b) Inhaltlich führt diese Situation beim sozialistischen Flügel der Arbeiterbewegung zu einer Verengung der Sozialen Frage auf eine Arbeiterfrage - wie sie parallel von den herrschenden Eliten betrieben wird.
- e) Politisch entsteht eine Konzentration auf den Bereich Arbeitswelt und davon abgeleitet auf eine Sozialpolitik, bei der über die Dominanz des Versicherungsprinzips »alles ans Arbeitsverhältnis angehängt« wird (Achingger 1972: 50, s.a. Leibfried/Tennstedt 1985 und Windhoff-Héritier 1989).

Spiegelbildlich hierzu spezialisieren sich »Wohlfahrtsverbände« auf Arme und Fürsorge, wobei sich die Staatsentlastungsstrategie der herrschenden Elite mit den subsidiären Vorstellungen der Verbände und katholischen Kirche treffen. Unterstützt wird diese Tendenz durch das eigentümliche Desinteresse der katholischen Soziallehre an Wirtschaftspolitik und ihren Hang, Politik mit (bedürfnisorientierter) Sozialpolitik gleichzusetzen. Entsprechendes gilt auch für das Verhalten und die Politik der christlichen Parteien (s.u.).

Auch Hans Maier (1983: 171) sieht in Deutschland einen gleichartigen »Prozeß der Fragmentierung« am Werk: »Während die ältere katholische Kultur Fruchtbarkeit auf allen Gebieten entfaltet, zieht sich der Katholizismus im 19. Jahrhundert mehr und mehr auf bestimmte Domänen zurück« - u.a. eben auf die Sozial- und Fürsorgepolitik.

5. Wohlfahrtsstaatstheoretischer Ausblick

Diese eigentümlichen Ausprägungen von Cleavagestrukturen, Parteien- und Verbändesystemen und Kalkülen der beteiligten Organisationen in Deutschland - und mit Abstrichen und Modifikationen in den Niederlanden - summieren sich auf zu einer besonderen Gesellschaftsformation und erzeugen einen eigentümlichen Typus des Wohlfahrtsstaats. Er basiert auf der spezifischen Struktur der Arbeiterbewegung (s.o.) oder umgekehrt einem starken katholischen Moment und ließe sich als »christdemokratischer Sozialstaat« charakterisieren (vgl. zur Bildung von Wohlfahrtsstaatstypen Esping/Andersen 1985 und Schmidt 1988: 158-167, hier finden jedoch die Besonderheiten des christdemokratischen Falles nicht ausreichend Beachtung; zum Unterschied zwischen Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat die diesbezüglichen Beiträge im Fischer Lexikon der Politik 1964, s.a. Schmid 1984 zum deutsch-britischen Vergleich).

Erste empirische Hinweise für eine derart christdemokratische Syndromatik liefern die bekannten Thesen von den Segmentationstendenzen des »Modells Deutschland« und des selektiven und sektoralen Korporatismus (Esser u.a. 1980, Heinze u.a. 1980), vom »gespaltenen Sozialstaat« (Leibfried/Tennstedt 1985) und von der Diskrepanz zwischen sozialpolitischer Aktivität und wirtschaftspolitischer Passivität (Schmidt 1982: 214; Braun 1987, Wilenski 1981) oder auch von der mangelnden Gleichstellung von Frauen (Schmidt 1992, Kersbergen 1991). Diese - empirisch nicht immer trennscharfen¹² - Beobachtungen über nationale Variationen der Politikproduktion finden in dem alternativen Erklärungsmodell des christdemokratischen Wohlfahrtsstaates eine plausible historisch-strukturelle Basis.

¹² Der Umstand, daß sich das Modell eines christdemokratischen Wohlfahrtsstaates oder die »Do (christian democratic) parties matter These« nur schwer empirisch nachweisen lassen, hängt nicht nur mit dem Problem fehlender Daten zusammen. Es sind vor allem drei theoretische Gesichtspunkte, die nur eine begrenzte Homogenität der Politikergebnisse im internationalen Vergleich erwarten lassen. Erstens sind in gemischt-konfessionellen Ländern christdemokratische Parteien sowie ihre verbandlichen Pendanten in einer strukturellen Minderheitenposition, was das Eingehen von Koalitionen notwendig macht. Zweitens organisieren christdemokratische Parteien intern den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, und ihre politischen Lösungen liegen schräg zu dieser Konfliktlinie - und damit auch zu den entsprechenden Indikatoren der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Drittens reproduzieren christdemokratische Parteien den vorhandenen gesamtgesellschaftlichen Kompromiß, woraus eine Tendenz zur Verwendung von Formalismen entsteht, die in der Substanz aber je nach Lage sehr anpassungsfähig sind. Dies gilt insbesondere für das Subsidiaritätsprinzip, das für jeden etwas bietet. Schon Carl Schmitt (1925: 10) hat dieses Phänomen als »complexio oppositorum« beschrieben: »Es scheint keinen Gegensatz zu geben, den sie (die katholische Kirche, J.S.) nicht umfaßt«. Vielleicht macht ja gerade diese eigentümliche Profillosigkeit bzw. umgekehrt diese hohe gesellschaftliche und sozialpolitische Kompatibilität den Charme christdemokratischer Wohlfahrtsstaatspolitiken aus. Und trotz allen methodischen Schwierigkeiten: Auch ein Pudding, der sich nicht an die Wand nageln läßt (um Max Kaase zu variieren), existiert.

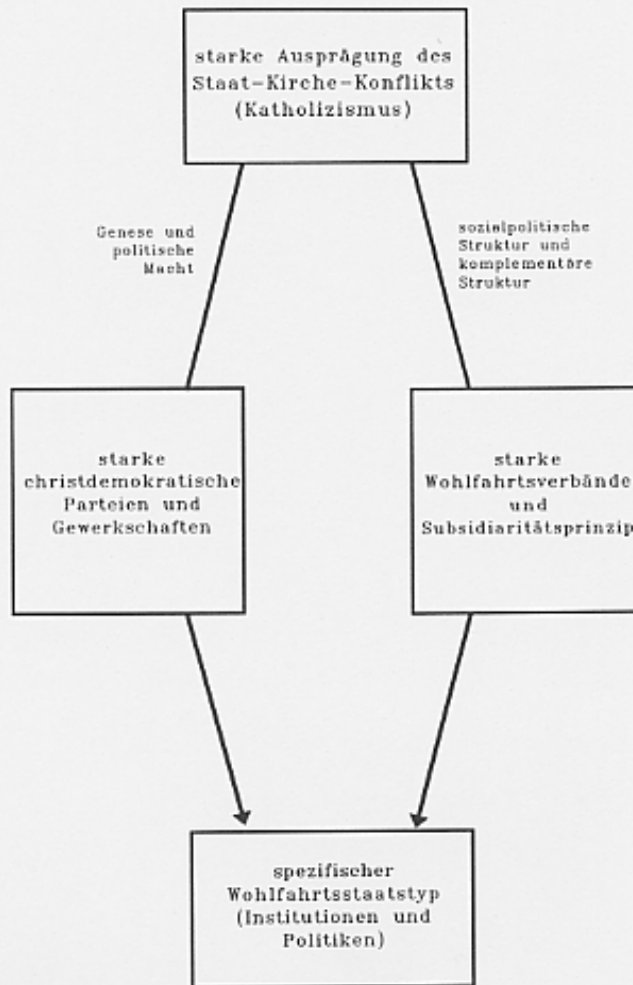
Damit befinde ich mich allerdings auf dem Weg in eine politikwissenschaftliche »terra incognita«: Gemeinhin gilt der Wohlfahrtsstaat in der vergleichenden Forschung nämlich sowohl als Produkt der Arbeiterbewegung als auch als eine primär staatliche Veranstaltung (dezidiert Shalev 1983, s.a. Schmidt 1982; kritisch hierzu Kersbergen 1991). Beide Aspekte kommen treffend zum Ausdruck im angelsächsischen Begriff der »social democracy« (Katznelson 1978), der als Synonym für Wohlfahrtsstaat und Sozialdemokratie fungiert - (sozialistische) Gewerkschaften oder andere Indikatoren für die politische Stärke der Arbeiterklasse mit eingeschlossen.

Diese Doppelsinnigkeit des Begriffs »social democracy« allerdings bietet einen guten Ausgangspunkt für alternative konzeptionelle Überlegungen. Die Denkfigur der »christian democracy« hat in diesem Zusammenhang die analytische Funktion

- a) eine bestimmte institutionelle Ausprägung und Leistungstypik des Wohlfahrtsstaates im internationalen Vergleich zu charakterisieren und die eigentümliche »Fixierung auf die Sozialversicherung« samt den zumeist herangezogenen aggregierten monetären Indikatoren aufzubrechen (Leibfried/Tennstedt 1985: 65; vgl. auch die Vorstöße bei Kersbergen 1991: 151-200 und Kohl 1985: 261-265),
- b) den Wohlfahrtsstaat zugleich in Beziehung zu setzen zu seinen soziopolitischen Macht- und Implementationsagenturen (wobei hier sicherlich Säkularisierungs- und Institutionalisierungstendenzen sowie Brüche in der historischen Entwicklung angemessen zu berücksichtigen sind),
- c) die etatistische und einflußtheoretische Schlagseite der Wohlfahrtsstaatsforschung zu relativieren, wozu die Berücksichtigung des Phänomens der Wohlfahrtsverbände einen wichtigen Beitrag leisten kann,
- d) schließlich in hohem Maße die Bedeutung des Staat-Kirche-Konflikts bzw. allgemeiner des in der Politikwissenschaft vielfach unterschätzten Faktors (katholische) »Religion« zu reflektieren (vgl. Abromeit/Wewer 1989; ansatzweise bezogen auf den Wohlfahrtsstaat Kaufmann 1989, Heidenheimer 1983 und Higgins 1981: 72-99).

Aus diesen Überlegungen heraus läßt sich das soziopolitische Strukturmodell eines christdemokratischen Sozialstaats bestimmen. Dieser spezifische Typus eines Wohlfahrtsstaats basiert vorwiegend auf zwei Argumentationssträngen (s. Schaubild 1). Zum einen setzt es die »klassischen« Muster zur Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und Politiken unter christdemokratischem - und das heißt eben gerade nicht unter bürgerlichem oder konservativem (s. dazu Schmid 1984) - Vorzeichen fort: Schwerpunkt bilden hier die entsprechende politische Macht von Parteien und der Einfluß von Gewerkschaften - vorwiegend also der »electoral channel« (Rokkan). Bezogen auf die spezifischen Institutionen, Leistungen und Effekte des christdemokratischen Wohlfahrtsstaats übt zum anderen aber der »corporate channel« eine mindestens ebenso wichtige

Schaubild 1: Sozialpolitisches Strukturmodell des christdemokratischen Wohlfahrtsstaates



Funktion aus, die dabei insbesondere an der Output-Seite des politischen Systems anfällt. Denn das bekannte Diktum »Votes Count but Resources Decide« (Rokkan 1966: 105) trifft in diesem Zusammenhang insbesondere für Wohlfahrtsverbände zu.

Diese an Stein Rokkan angelehnte konzeptionelle Skizze über Wohlfahrtsverbände und Wohlfahrtsstaat trägt schließlich einem Postulat Rudolf von Thaddens (1983: 599-600) Rechnung, nach dem

»die Vernachlässigung der Kirchengeschichte in der Profangeschichte der Neuzeit mit dazu beigetragen hat, daß die politische Geschichte in ihrer allgemeinen Bedeutung weit überschätzt wurde und andere Perspektiven fast vollständig an den Rand drängte. Weil die Kirche als Gegen- oder Alternativkraft zum Staat aus dem Blickfeld geriet, erlangte der Handlungsbereich des Staates eine übersteigerte Geltung, der für andere Bereiche des Lebens blind werden ließ«.

Literatur

- Abel-Smith, Brian, 1972: The History of Medical Care. S. 219-239 in: E.W. Martin (Hrsg.), *Comparative Development in Social Welfare*. London: Allen & Unwin.
- Abromeit, Heidrun/Wewer, Göttrik (Hrsg.), 1989: *Die Kirchen und die Politik. Beiträge zu einem ungeklärten Verhältnis*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Achinger, Hans, 1971: *Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (2. Auflage).
- Aldrich, Howard E., 1979: *Organizations and Environments*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Alemann, Ulrich von, 1987: *Organisierte Interessen in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske und Budrich Verlag.
- Anderson, Margaret L., 1986: The Kulturkampf and the Course of German History. *Central European History* 19: 82-115.
- Backhaus-Maul, Holger, 1991: Wohlfahrtsverbände als soziale Dienstleistungsunternehmen? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4: 27-37.
- Bartolini, Stefano, 1985: *The Class Cleavage in Historical Perspective*. Florence: Paper at the European University Institute.
- Bauer, Rudolph, 1978: *Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik. Materialien und Analysen zu Organisation, Programmatik und Praxis*. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Bauer, Rudolph/Thranhardt, Anna-Maria (Hrsg.), 1987: *Verbandliche Wohlfahrtspflege im internationalen Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Becker, Winfried, 1981: Der Kulturkampf als europäisches und als deutsches Phänomen. *Historisches Jahrbuch* 101: 422-446.

- Binder, Leonard u.a., 1971: *Crisis and Sequences in Political Development*. Princeton: Princeton University Press.
- Blackbourn, David, 1984: *Peasants and Politics in Germany, 1871-1914*. *European History Quarterly* 14: 47-75.
- Boldt, Hans, 1981: Stein Rokkans Parteitheorie und die Vergleichende Verfassungsgeschichte. S. 91-107 in: L. Albertin/W. Link (Hrsg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*. Düsseldorf: Droste Verlag.
- Braun, Detlef, 1988: *Bürokratie und Sozialpolitik. Zur Geschichte staatlicher Sozialpolitik im Spiegel der älteren deutschen Staatsverwaltungslehre*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Braun, Dietmar, 1987: *Political Immobilism and Labour Market Performance. The Dutch Road to Mass Unemployment*. *Journal of Public Policy* 7: 307-335.
- Brenton, Maria, 1982: *Changing Relationships in Dutch Social Services*. *Journal of Social Policy* 11: 59-80.
- Bruch, Rüdiger von, 1985: *Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer*. München: H.C. Beck Verlag.
- Buchheim, Karl, 1963: *Ultramotanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert*. München: Kösel Verlag.
- Buck, Gerhard, 1984: *Aspekte der historischen Herausbildung des Subsidiaritätsprinzips seit dem 19. Jahrhundert*. S. 52-71 in: R. Bauer (Hrsg.), *Die liebe Not. Zur historischen Kontinuität der »Freien Wohlfahrtspflege«*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, 1985: *Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Aufgaben und Finanzierung*. Freiburg: Lambertus Verlag.
- Camp, Richard L., 1969: *The Papal Ideology of Social Reform*. Leiden: E.J. Brill.
- Castles, Francis G., 1973: *Barrington Moore's Thesis and Swedish Political Development*. *Government and Opposition* 8: 313-331.
- Christensen, Tom/Kolberg, Jon E., 1978: *Voluntary Charitable Organizations in an Expanding Welfare State. Institutional Pluralism or Corporatism*. Paper prepared for the ECPR Workshop an »Corporatism in Liberal Democracies«, Grenoble, April 6.-12.1978.
- Crouch, Colin, 1986: *Sharing Public Spaces. States and Organized Interests in Western Europe*. S. 177-210 in J.A. Hall (Hrsg.), *States in History*. Oxford: Basil Blackwell.
- Daalder, Hans, 1966: *Parties, Elites, and Political Developments in Western Europe*. S. 43-77 in: J. LaPalombara/M. Weiner (Hrsg.), *Political Parties and Development*. Princeton: Princeton University Press.
- Daimer, Klaus, 1992: *Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland*. S. 430-436 in: R. Bauer (Hrsg.), *Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens*, München: R. Oldenbourg Verlag.

- Döhler, Marian, 1987: Historische und gesundheitspolitische Aspekte im Verhältnis zwischen medizinischer Profession und integrierten Versorgungssystemen in Deutschland. Berlin: WZB discussion papers IIM/IP 87-9.
- Döhler, Marian, 1992: Comparing National Patterns of Medical Specialisation. A Contribution to the Theory of Professions. Köln: MPIFG Discussion Paper 92/6.
- Doorn, Jaques van, 1978: Welfare State and Welfare Society. The Dutch Experience. *The Netherlands Journal of Sociology* 14: 1-18.
- Dülmen, Richard van, 1981: Formierung der europäischen Gesellschaft in der Frühen Neuzeit. *Geschichte und Gesellschaft* 7: 5-41.
- Dülmen, Richard van, 1987: Reformation und Neuzeit. Ein Versuch. *Zeitschrift für Historische Forschung* 14: 1-25.
- Dunk, Hermann von der/Lademacher, Horst (Hrsg.), 1986: Auf dem Weg zum Parteienstaat. Zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden. Melsungen: Verlag Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte.
- Dyson, Kenneth H.F., 1980: *The State Tradition in Western Europe. A Study of an Idea and Institution.* Oxford: M. Robertson.
- Ebbinghaus, Bernhard, 1992: The Transformation of Cleavage into Western European Trade Union Systems. Can we draw union diversity in Rokkan's Conceptual Map. Paper for ECPR workshop on »Trade Unions and Politics«, Limerick, 30. March- 4. April 1992.
- Ebertz, Michael N., 1987: Editorial zum Schwerpunkt Wohlfahrtsverbände im Gesundheitswesen. *Medizin, Mensch, Gesundheit* 12: 84-89.
- Ebertz, Michael N., 1992: Deutscher Caritasverband. S. 402-407 in: R. Bauer (Hrsg.), *Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens*, München: R. Oldenbourg Verlag.
- Ebertz, Michael N./Schmid, Josef, 1987: Zum Stand der Wohlfahrtsverbände-Forschung. *Sozialwissenschaftliche Fragestellungen, Erkenntnisfortschritte und Defizite. Caritas* 87: 289-313.
- Eichener, Volker/Kleinfeld, Ralf/Pollack, Detlef/Schmid, Josef/Schubert, Klaus/Voezkw, Helmut (Hrsg.), 1992: *Organisierte Interessen in Ostdeutschland.* Marburg: Metropolis Verlag.
- Eliassen, Kjell A., 1974: Politische Beteiligung und parteipolitische Bindung der Gewerkschaften in Westeuropa. Ein Überblick. *Soziale Welt* 26: 71-90.
- Eliassen, Kjell A./Svaasand, Lars, 1975: The Formation of Mass Political Organizations. An Analytical Framework. *Scandinavian Political Studies* 10: 95-121.
- Esping-Andersen, Gösta, 1985: Der Einfluß politischer Macht auf die Entwicklung des Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich. S. 467-503 in: F. Naschold (Hrsg.), *Arbeit und Politik*, Frankfurt: Campus Verlag.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang/Simonis, Georg, 1980: Öffnung oder Spaltung der Gesellschaft. Grenzprobleme des »Modell Deutschland«. S. 315-330 in: Th. Ellwein (Hrsg.), *Politikfeldanalysen.* Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Fischer Lexikon Staat und Politik, 1964. Herausgegeben von E. Fraenkel und K.D. Bracher. Frankfurt: Fischer Bücherei.
- Flora, Peter u.a., 1983: State, Economy, and Society in Western Europe 1815-1975. A Data Handbook in two Volumes. Frankfurt: Campus Verlag.
- Flora, Peter, 1981: Stein Rokkans Makro-Modell der politischen Entwicklung Europas. Ein Rekonstruktionsversuch. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 33: 397-436.
- Fogarty, Michael P., 1957: Christian Democracy in Western Europe, 1820-1953. London: Routledge & K. Paul.
- Franz, Georg, 1954: Kulturkampf. Staat und Katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis um Abschluß des preussischen Kulturkampfes. München: G. Callwey Verlag.
- Gatz, Erwin, 1982: Caritas und soziale Dienste. S. 312-351 in: A. Rauscher (Hrsg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963, Bd. 2. München: Olzog Verlag.
- Geremek, Bronislaw, 1991: Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Goll, Eberhard, 1991: Die freie Wohlfahrtspflege als eigener Wirtschaftsfaktor. Theorie und Empirie ihrer Verbände und Einrichtungen. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Gourevitch, Peter A., 1977: International Trade, Domestic Coalitions, and Liberty. Comparative Responses to the Crisis of 1873-1896. Journal of Interdisciplinary History 8: 281-313.
- Groethuysen, Bernhard, 1978: Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich. Band 2: Die Soziallehre der katholischen Kirche und das Bürgertum. Frankfurt: Suhrkamp Verlag (Original 1927).
- Hartmann, Jürgen, 1984: Politische Profile der westeuropäischen Industriegesellschaft. Ein vergleichendes Handbuch. Frankfurt: Campus Verlag.
- Heidenheimer, Arnold J., 1983: Secularization Patterns and the westward spread of the Welfare State. Two dialogues about how and why Britain, the Netherlands, and the United States have differed. Comparative Social Research 6: 3-65.
- Heinze, Rolf G./Hinrichs, Karl/Offe, Claus/Olk, Thomas, 1980: Sind die Gewerkschaften für »alle« da? S. 62-77 in: O. Jacobi/E. Schmid/W. Müller-Jentsch (Hrsg.), Moderne Zeiten - alte Rezepte. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Heinze, Rolf G./Olk, Thomas, 1981: Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion. Zur Entstehung und Struktur der bundesrepublikanischen Verbändewohlfahrt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 33: 94-114.
- Higgins, Joan, 1981: States of Welfare. Comparative Analysis in Social Policy. Oxford: Blackwell & Robertson.
- Horner, Franz, 1981: Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Geschichte, Programmatik, Strukturen. Wien: Herold Verlag.

- Immerfall, Stefan, 1992: Territorium und Wahlverhalten. Zur Modellierung geopolitischer und geökonomischer Prozesse. Opladen: Leske und Budrich Verlag.
- Irving, Ronald E.M., 1979: The Christian Democratic Parties in Western Europe. London: Allen & Unwin.
- Kaiser, Jochen-Christoph, 1989: Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1914-1945. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Kamens, David H., 1986: The Importance of Historical Sequencing. Party Legitimacy in the United States and Europe. *Comparative Social Research* 9: 331-345.
- Katznelson, Ira, 1978: Considerations on Social Democracy in the United States. *Comparative Politics* 11: 77-99.
- Kaufmann, Franz, 1989: Wie weit reichen die christlichen Wurzeln des Rechts- und Sozialstaats? Ein Beitrag zum Verstehen der Moderne. *Herder Korrespondenz* 43: 315-321.
- Kersbergen, Kees van, 1991: Social Capitalism. A Study of Christian Democracy and the Post-War Settlement of the Welfare State. Florence: Dissertation thesis at the European University Institute.
- Kleinfeld, Ralf, 1993: Interessenvermittlung im politischen System der Niederlande. Entwicklung institutionalisierter Interaktionen von Staat und Verbänden und die Transformation der versäulten Konkordanzdemokratie. S. 233-260 in: R. Kleinfeld/W. Luthardt (Hrsg.), *Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Zur aktuellen Entwicklung nationaler Parteien- und Verbändesysteme*. Marburg: Schüren-Pressverlag.
- Kohl, Jürgen, 1985: Staatsausgaben in Westeuropa. Analysen zur langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Frankfurt: Campus Verlag.
- Kramer, Ralph, 1981: *Voluntary Agencies in the Welfare State*. Berkeley: University of California Press.
- Lamberti, Marjorie, 1986: State, Church, and the Politics of School Reform during the Kulturkampf. *Central European History* 19: 63-81.
- Lane, Jan-Erik/Ersson, Svante O., 1994: *Politics and Society in Western Europe*. Beverly Hills: Sage (3. Auflage).
- Lehmbruch, Gerhard, 1987: Administrative Interessenvermittlung. S. 121-160 in: A. Windhoff-H6ritier (Hrsg.), *Verwaltung und ihre »Umwelt«*. Festschrift für Thomas Ellwein. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lehmbruch, Gerhard, 1988: Parteiensystem. S. 311-318 in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), *Staatslexikon*, Bd. 4. Freiburg: Herder Verlag (7. Auflage).
- Lehmbruch, Gerhard, 1990: The Organization of Society, Administrative Strategies, and Policy Networks. S. 121-158 in: R. Czada/A. Windhoff-H6ritier (Hrsg.), *Political Choice. Institutions, Rules, and the Limits of Rationality*, Frankfurt: Campus Verlag.
- Leibfried, Stephan/Tennstedt, Florian (Hrsg.), 1985: *Politik der Armut und Die Spaltung des Sozialstaats*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

- Lepsius, Rainer M., 1966: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. S. 371-393 in: W. Abel u.a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart: Fischer Verlag.
- Lipset, Seymore M., 1983: Radicalism or Reformism. Sources of Workingclass Politics. *American Political Science Review* 77: 1-18.
- Lönne, Karl-Egon, 1986: *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Maier, Hans, 1983: Zur Soziologie des deutschen Katholizismus 1803-1950. S. 159-172 in: D. Albrecht u.a. (Hrsg.), *Politik und Konfession*. Festschrift für Konrad Repgen. Berlin: Duncker & Humblot.
- Maier, Hans, 1986: *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag (Original 1966).
- Maxwell, Robert J., 1981: *Health and Wealth. An International Study of Health-Care Spending*. Lexington: Lexington Books.
- Mikat, Paul (Hrsg.), 1980: *Kirche und Staat in der neueren Entwicklung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Moore, Barrington, 1974: *Die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag (Original 1966).
- Morsey, Rudolf, 1982: Der Kulturkampf. S. 72-109 in: A. Rauscher (Hrsg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, Bd. 1. München: Olzog Verlag.
- Nipperdey, Thomas, 1988: *Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918*. München: Verlag H.C. Beck.
- Offe, Claus, 1974: Rationalitätskriterien und Funktionsprobleme politisch-administrativen Handelns. *Leviathan* 2: 333-345.
- Offe, Claus, 1990: *Öffentliches Handeln und Strukturen der kollektiven Willensbildung. Aspekte einer sozialwissenschaftlichen Staatstheorie*. S. 173-190 in: Th. Ellwein/J.J. Hesse (Hrsg.), *Staatwissenschaften. Vergessene Disziplin oder neue Herausforderung?* Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Olk, Thomas/Heinze Rolf G., 1991: Die Bürokratisierung der Nächstenliebe. Am Beispiel der Geschichte und Entwicklung der »Inneren Mission«. S. 233-271 in: Ch. Sachße/F. Tennstedt (Hrsg.), *Jahrbuch der Sozialarbeit*, Bd. 4: *Geschichte und Geschichten*. Reinbek: Rowohlt Verlag.
- Page, Edward C., 1987: Comparing bureaucracies. S. 231-255 in: S.E. Lane (Hrsg.), *Bureaucracy and Public Choice*. London: Sage.
- Pappi, Franz U., 1983: Konfliktlinien. S. 183-191 in: M.G. Schmidt (Hrsg.), *Westliche Industriegesellschaften. Pipers Wörterbuch zur Politik*. München: Piper & Co. Verlag.
- Polanyi, Karl, 1878: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag (Original 1944).

- Pzeworski, Adam/Teune, Henry, 1970: *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: Wiley.
- Raffel, Marshall W. (Hrsg.), 1984: *Comparative Health Systems. Descriptive Analysis of Fourteen National Health Systems*. London: Pennsylvania State University Press.
- Ragin, Charles C., 1987: *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkely: University of California Press.
- Rauscher, Anton (Hrsg.), 1982: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*. 2 Bände. München: Olzog Verlag.
- Reichel, Peter (Hrsg.), 1984: *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Reif, Karl-Heinz, 1987: Vergleichende Parteien und Verbändeforschung. S. 151-167 in: D. Berg-Schlosser/F. Müller-Rommel (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*, Opladen: UTB.
- Reyer, Jürgen, 1984: Die Rechtsstellung und der Entfaltungsraum der Privatwohltätigkeit im 19. Jahrhundert in Deutschland. S. 28-51 in: R. Bauer (Hrsg.), *Die liebe Not. Zur historischen Kontinuität der »Freien Wohlfahrtspflege«*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Rieger, Elmar, 1992: *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rinken, Alfred, 1971: *Das Öffentliche als verfassungstheoretisches Problem, dargestellt am Rechtsstatus der Wohlfahrtsverbände*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Rohe, Karl, 1984: Politisches System und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. S. 25-54 in: W. Jacobmeyer (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika*. Braunschweig: Poppdruck.
- Rokkan, Stein, 1966: Norway. Numerical Democracy and Corporate Pluralism. S. 70-115 in: R.A. Dahl (Hrsg.), *Political Oppositions in Western Democracies*. New Haven: Yale University Press.
- Rokkan, Stein, 1976: Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen für ein hypothetisches Modell. S. 360-395 in: Th. Stammen (Hrsg.), *Vergleichende Regierungslehre*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rokkan, Stein, 1977: Towards a generalized Concept of Verzuiling. A preliminary note. *Political Studies* 25: 563-570.
- Rokkan, Stein, 1980: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. *Zeitschrift für Soziologie* 9: 118-128.
- Rokkan, Stein, 1981: Territories, Nations, Parties. Toward a Geoeconomic-Geopolitical Model for the Explanation of Variations within Western Europe. S.70-95 in: R.L. Merrit/B.M. Russett (Hrsg.), *From National Development to Global Community*. London: Allen & Unwin.

- Rose, Richard/Urwin, Derek, 1969: Social Cohesion, Political Parties and Strains in Regimes. *Comparative Political Studies* 2: 27-67.
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian, 1980: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian, 1988: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871-1929. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Schmid, Josef, 1984: Die Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Programmatik und Praxis bürgerlicher Parteien am Beispiel der englischen Conservative Party und der deutschen CDU. Das Vorspiel zur »Wende«. Konstanz: Magisterarbeit an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Konstanz.
- Schmid, Josef, 1987: Wohlfahrtsverbände und Neokorporatismus - kritische Anmerkungen zur Übertragung einer Theorie. *Mensch, Medizin, Gesellschaft*, 12: 119-123.
- Schmid, Josef, 1992: Wohlfahrtsverbände und Wohlfahrtsverbändeforschung. S. 2170-2175 in: R. Bauer (Hrsg.), *Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens*, München: R. Oldenbourg Verlag.
- Schmid, Josef, 1993: Parteien und Verbände. Konstitution, Kontingenz und Ko-evolution im System der Interessenvermittlung. S. 171-190 in: R. Czada/M.G. Schmidt (Hrsg.), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehmbruch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmid, Josef, 1994: Der Aufbau von Wohlfahrtsverbänden in den neuen Bundesländern: Gesellschaftliche Selbsthilfebewegung oder quasistaatliche Veranstaltung? S. 181-199 in: J. Schmid/F. Löbner/H. Tiemann (Hrsg.), *Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden*. Berichte aus den neuen Ländern. Düsseldorf: Metropolisverlag.
- Schmidt, Manfred G., 1982: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt: Campus Verlag.
- Schmidt, Manfred G., 1988: Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen: Leske und Budrich Verlag.
- Schmidt, Manfred G., 1992: Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich. Teilbericht V in: M.G. Schmidt/A. Busch/G. von Rhein-Kress. *Länder-Familien. Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz im OECD Vergleich*. Heidelberg: Abschlußbericht zum DFG-Forschungsprojekt »Staatstätigkeit in kulturell verwandten Nationen«.
- Schmitt, Carl, 1925: *Römischer Katholizismus und politische Form*. München: Theatiner Verlag.
- Schroeder, Wolfgang, 1992: Einheitsgewerkschaft und Sozialkatholizismus. Zur Enttraditionalisierung der politischen Kultur in den fünfziger Jahren. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/B 45: 43-54.

- Shalev, Michael, 1983: The Social Democratic Model and Beyond: Two Generations of Comparative Research on the Welfare State. *Comparative Social Research* 6: 315-351.
- Shefter, Martin, 1977: Party and Patronage. Germany, England and Italy. *Politics and Society* 7: 403-451.
- Sperber, Jonathan, 1986: Competing Counterrevolutions. Prussian State and Catholic Church in Westphalia during the 1850's. *Central European History* 19: 45-62.
- Spiegelhalter, Franz, 1990: Der dritte Sozialpartner. Die Freie Wohlfahrtspflege - ihr finanzieller und ideeller Beitrag zum Sozialstaat. Freiburg: Lambertus.
- Stephens, John D., 1979: Religion and Politics in three Northwest European Democracies. *Comparative Social Research* 2: 129-157.
- Strikwerda, Carl, 1988: The Divided Class. Catholics vs. Socialists in Belgium, 1880-1914. *Comparative Studies in Society and History* 30: 333-359.
- Thadden, Rudolf von, 1983: Kirchengeschichte als Gesellschaftsgeschichte. *Geschichte und Gesellschaft* 9: 598-614.
- Thränhardt, Dietrich, 1984: Von Thron und Altar zur bürokratischen Verknüpfung. Die Entwicklung korporatistischer Beziehungen zwischen Wohlfahrtsverbänden und Staat in Deutschland. S. 164-171 in: R. Bauer (Hrsg.), *Die liebe Not. Zur historischen Kontinuität der »Freien Wohlfahrtspflege«*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Triebe, Keith, 1983: Prussian agriculture - German politics. Max Weber 1892-7. *Economy and Society* 12: 181-226.
- Tröder, Jörg, 1986: Staat und Kirche. S. 504-509 in W. Mickel (Hrsg.), *Handlexikon zur Politikwissenschaft*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weber, Wolfgang, 1986: Protestantismus, Historismus, Borussiaismus. Zu den sozial- und geistesgeschichtlichen Merkmalen der deutschen Geschichtswissenschaft und deren Konsequenzen. *Der Bürger im Staat* 36: 262-266. Wende, Frank (Hrsg.), 1981: *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*. Stuttgart: Kröner Verlag.
- Weßels, Bernhard, 1990: Vielfalt oder strukturierte Komplexität. Zur Institutionalisierung politischer Spannungslinien im Verbände- und Parteiensystem in der Bundesrepublik. Berlin: WZB discussion paper FSII 90-204.
- Whitely, PauWinyard, Steve, 1983: Influencing Social Policy. The Effectiveness of the Poverty Lobby in Britain. *Journal of Social Policy* 12:1-26.
- Wilenski, Harold, 1981: Leftism, Catholicism, and Democratic Corporatism. The Role of Political Parties in recent Welfare State Development. S. 345-382 in: P. Flora/A.J. Heidenheimer (Hrsg.), *The Development of Welfare States in Europe and America*. New Brunswick: Transaction Books.
- Windhoff-Héritier, Adrienne, 1989: Institutionelle Interessenvermittlung im Sozialsektor. *Strukturmuster verbandlicher Beteiligung und deren Folgen*.

- 158-176 in: H.H. Hartwich (Hrsg.), Macht und Ohnmacht politischer Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zeeden, Ernst W., 1985: Konfessionsbildung. Studien zur Reformation, Gegenreformation und katholischen Reform. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
- Zuckerman, Alan, 1975: Political Cleavage. A Conceptual and Theoretical Analysis. *British Journal of Political Science* 5: 231-248.